



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. frei ins Haus geliefert. Durch die Post bezogen im Inlande 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Anzeigenpreise: Die einpaltige Zeile ober oder unten unten im Blatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamazeile 20 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kantonsfällen oder wenn geschäftliche Beirteilung notwendig wird, fällt sehr nachlässige Werbung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 177. — Wohnung: Dismarckstraße 66.

38 017 Millionen Tribut

Nach Angaben der französischen Sachverständigen-Gruppe wurde am Dienstag die Gesamtgröße der Tribute veröffentlicht. Die deutsche Abordnung hatte den Gegenwartswert des neuen Young-Abkommens auf 33 bis höchstens 34,2 Milliarden Goldmark berechnet. Nach der amtlichen französischen Berechnung dagegen sind es 38 017 Millionen Goldmark, wozu dann noch die Sonderentschädigung an Belgien kommt, über die im Grundsatz ebenfalls schon eine Einigung herbeigeführt sein soll.

- Der Tribut setzt sich folgendermaßen zusammen:
1. Fünf Monate Dawesplan vom 1. April bis 31. August 1929 1240 Mill. Goldmark.
 2. Vom 1. September 1929 bis 31. März 1936, der zu einem Zinsfuß von 5% Proz. berechnete Gegenwartswert von 37 Annuitäten je im Durchschnitt von 1988 Mill. Goldmark, 32 886 Mill. Goldmark.
 3. Verzinsung und Teilrückzahlung der Dawesanleihe im Jahresdurchschnitt von 61,8 Mill. ergibt einen Gegenwartswert von 1021 Mill. Goldmark.
 4. Der Gegenwartswert der 22 letzten Jahreszahlungen, die Deutschland vom 1. April 1936 an für die Abdeckung der interalliierten Kriegsschulden zu bezahlen hat, 2870 Mill. Goldmark; das ergibt zusammen 38 017 Millionen Goldmark.

Davon erhält Frankreich nach Angabe der französischen Sachverständigen reichlich die Hälfte, nämlich 19 267 Mill. Goldmark, also nicht weniger als 117 751 Mill. Franken. Es verbleiben ihm also nach völliger Rückzahlung seiner Kriegsschulden noch 42 Milliarden Franken Reparationsfald, die es zur Abtragung seiner inneren Schuld verwenden wird.

Die Forderungen der preußischen Landeskirchen zum Konkordat

Berlin, 5. Juni. Die evangelischen Landeskirchen Preußens haben gemeinsam in einem Schreiben an das preußische Staatsministerium noch einmal ihre Forderungen auf gleichzeitigen und gleichwertigen Vertragsabschluss mit der evangelischen Kirche erhoben, wenn das Konkordat mit der römischen Kurie abgeschlossen würde. Ohne erkennbaren Grund seien die schon im Herbst 1927 eingeleiteten Verhandlungen mit der evangelischen Kirche nach einigen Monaten von der preußischen Regierung eingestellt worden. Die Landeskirchen sehen sich daher jetzt, nachdem die Regierung zu einer Verständigung mit der Kurie gelangt sein soll, genötigt, die Regierung um eine bestimmte Erklärung zu bitten, ob sie nunmehr bereit sei, die Verhandlungen wieder aufzunehmen mit dem Ziel, auch mit den evangelischen Kirchen zu einer vertragsmäßigen Regelung zu gelangen. Soweit es an den evang. Kirchen liegt, könnten diese Verhandlungen in kürzester Zeit zum Abschluß gebracht werden.

Hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Stellung zum Konkordatsfrage verweisen die Kirchen auf frühere Erklärungen und behalten sich besonders gegenüber den noch nicht bekannten Bestimmungen des Konkordats volle Freiheit der Stellungnahme vor. „Die Grundsätze der Parität würden in einem entscheidenden Punkt verletzt sein, wenn der katholischen Kirche für ihre Organisation und die finanziellen Bedürfnisse ihrer Verwaltung eine vertragsmäßige Garantie gegeben würde, während die evangelischen Kirchen lediglich auf einseitig erlassene und deshalb auch der Möglichkeit einseitiger Aenderung unterworfenen staatsgesetzliche Bestimmungen angewiesen wären.“

Zum Schluß geben die preußischen Landeskirchen die Erklärung ab, daß es nicht als Sicherung der Parität angesehen werden könne, wenn die Staatsregierung sich etwa grundsätzlich bereit erkläre, später, nach Verabschiedung des Vertrags mit der Kurie, auch mit den evangelischen Kirchen Verträge abzuschließen zu wollen.

Das preußische Konkordat und die Große Koalition

Berlin, 5. Juni. In der Vorstandssitzung der Demokratischen Partei, die sich mit der Konkordatsfrage in Preußen befaßte, wurde erklärt, daß die Demokratische Partei dem Konkordat nur zustimmen könne, wenn auch die Deutsche Volkspartei es annehme, die die Bedingung stellt, daß die Große Koalition auch in Preußen durchgeführt und die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufgenommen wird. Für diesen wahrscheinlichen Fall würden einige demokratische Mitglieder der preußischen Regierung zum Rücktritt veranlaßt werden. In Betracht kommen besonders der preußische Kultusminister Becker und der Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Abegg, deren Stellen durch Mitglieder der Deutschen Volkspartei besetzt werden sollen. Dr. Abegg soll Oberpräsident in Stettin werden.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat die Fraktionsführer der Regierungsparteien auf Freitag eingeladen, um ihnen den Inhalt des Konkordats mitzuteilen.

Tagespiegel

Dr. Stresemann ist mit seiner Frau und in Begleitung verschiedener Beamten am Mittwochabend nach Madrid abgereist. In Paris wird er die Reise auf einige Stunden unterbrechen, um sich mit den deutschen Sachverständigen in der deutschen Botschaft zu besprechen. Am 18. Juni wird Dr. Stresemann wieder in Berlin erwartet.

Der gemeinsame Bericht der Reparations-Sachverständigen soll, wie verlautet, am Freitag mittag 12 Uhr von sämtlichen Teilnehmern, auch von den belgischen, unterzeichnet werden, nachdem über die belgischen Markforderungen im Grundsatz bereits eine Einigung erzielt ist.

Mac Donald hat den Auftrag des Königs zur Kabinettsbildung angenommen.

Mac Donald erklärte einem Ausrufer des Petit Parisien, die neue Regierung werde eine praktische Politik der Abrüstung und des Friedens betreiben und sich gegen alle Bündnisse erklären. Mit Amerika werde sie wegen der Abrüstungs- und Kriegsschuldenfrage Fühlung nehmen.

Das neue englische Parlament wird am 25. Juni zusammentreten.

Der „Daily Telegraph“ meldet, Präsident Hoover schlage der englischen Regierung vor, die Vereinigten Staaten werden auf den beabsichtigten Bau der 15 neuen Panzerkreuzer verzichten, wogegen England eine annähernd gleiche Zahl von im Bau begriffenen oder bereits schwimmenden Kreuzern abwracken soll. Der Kreuzerbau soll in Zukunft eingeschränkt werden.

Die Lateranverträge sollen am nächsten Freitag unterzeichnet werden.

Die Siedlung von Campitello am Vesuv, die Terzigno vorgelagert ist, wurde von den glühenden Lavamassen zerstört, ebenso der Wasserwerksbehälter von Terzigno. Letzterer Ort ist von den Bewohnern geräumt.

Der Vertrag zwischen Chile und Peru, der den Jahrzehnte dauernden Streit um das Tacna-Gebiet beendet, ist am 3. Juni unterzeichnet worden. Nach dem Vertrag wird das sehr wertvolle an Salpeter und Metallen reiche Gebiet in der Weise geteilt, daß Chile den kleineren Teil von Tacna an Peru abtritt, während Peru eine Abfindungssumme von 24 Millionen Mark bezahlt.

„Völker Europas, vereinigt euch“

Italienische Kritik an der amerikanischen Wirtschaftspolitik
Rom, 5. Mai. In der römischen „Stampa“ veröffentlicht der Generalsekretär des Industriellenverbands, Sino Diletti, einen vielgelesenen, bisher von der Regierung zurückgehaltenen Aufsatz über die amerikanischen Drohungen, in dem es u. a. heißt: Sicherlich erreicht diese amerikanische Politik den Gipfel des Eigennutzes. Die Vereinigten Staaten besitzen mehr als die Hälfte des in der Welt vorhandenen Goldes. Sie sind Besitzer oder kontrollieren mehr als die Hälfte der gesamten Weltrohstoffherzeugung, verlangen von den ehemaligen Verbündeten die Bezahlung aller ihrer Kredite, schließen der Einwanderung ihre Pforten, schützen auf jede Weise ihre Handelsmarine, schließen die fremden Banken aus, bemächtigen sich allmählich der wichtigsten industriellen Werke in der ganzen Welt, dulden keine Opposition und verstärken überall ihren wirtschaftlichen Imperialismus. Und alles das genügt noch nicht, der amerikanischen Markt soll noch mehr jeder fremden Einfuhr verschlossen werden, und zwar in dem Augenblick, da die amerikanische Industrie und Landwirtschaft sich daran machen, mit ihren Erzeugnissen alle fremden Märkte zu überschwemmen. Gegenüber der allgemeinen Gegenwärtung, die die amerikanische Politik in ganz Europa erfahren hat, wäre es nicht unmöglich, daß die Frage von allen interessierten Ländern gemeinsam geprüft würde. Sicherlich wächst beständig die Notwendigkeit einer einträglichen Prüfung der Lage Europas Amerika gegenüber. Es ist eine Notwendigkeit, die der Völkerbund bereits hätte fühlen müssen, wenn er nicht allzusehr darauf bedacht wäre, die Vereinigten Staaten gut zu behandeln. Aber es handelt sich um eine Notwendigkeit, die immer dringender wird, wenn man nicht ruhig der Eroberung Europas durch die amerikanischen Geldmänner zusehen will.

Neue Nachrichten Verkehrsfragen

Berlin, 5. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags warnte Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) davor, das kostbare nationale Gut „Graf Zeppelin“ für die private Unternehmung der Polarforschung aufs Spiel zu setzen. Abg. Brüninghaus (D. Sp.) sprach sich gegen ein Monopol der Luftlinie aus. Ohne Wettbewerb gebe es keinen Fortschritt. Ministerialdirektor Brandenburg erklärte, aus der Nordpolfahrt entstehen dem Reich keinerlei Kosten. Abg. Groß (A.) bedauerte, daß Hauptmann Köhlin's

Ausland gehe, weil er in Deutschland keinen Wirkungskreis finde.

Der Ausschuß nahm dann eine Entschließung an, die den Rechnungsunterausschuß beauftragt, bei der Durchsicht der Haushaltsrechnung 1928 den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums besonders genau zu prüfen. Ferner wird ein Antrag Groß angenommen, der den Reichsverkehrsminister Stegerwald ersucht, nochmals die Frage der Verlegung der Versuchsanstalt nach Stuttgart zu erwägen, bevor die für die Versuchsanstalt im Haushalt vorgesehene Summe ausgegeben wird. Ferner wird eine Entschließung angenommen, die Reichsregierung wolle dem Reichstag die Grundsätze bekannt geben, nach denen beim Reichsbahnzentralamt die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen erfolgt. Auch eine Ueberlicht über die verhältnismäßige Beteiligung der einzelnen Länder und Wirtschaftskreise bei diesen Vergabungen soll vorgelegt werden. Dann entspinnt sich eine Aussprache über die Autorenstraße Nürnberg-King und den preußischen Landrat, der diese Ausgaben des Reichs veranlaßt hat. Von der Reichsregierung wird dazu erklärt, daß die preußische Regierung den Landrat in Schutz nehme. Das Reich solle aus diesem Unternehmen heraussehen. Darauf wird folgende Entschließung genehmigt: „Die Reichsregierung wird ersucht, 1. über die im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 zur Förderung der Gebirgsrenn- und Prüfungsstraße Nürnberg eingestellten 2 Millionen Mark hinaus dem Nürnbergunternehmen in Zukunft keinerlei weitere Reichsmittel in irgendwelcher Form unmittelbar oder mittelbar zuzuwenden; 2. die Beteiligung des Reichs an der verunglückten Nürnbergring-G. m. b. H. sofort zum Erlöschen zu bringen.“

Verlängerung des Republiksschutzes

Berlin, 5. Juni. Die Regierungsvorlage über die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes um 3 Jahre wurde gestern von dem zuständigen Ausschuß des Reichsrats angenommen. Sie kommt morgen im Plenum des Reichsrats zur endgültigen Verhandlung.

Anträge auf Erhöhung des Kartoffel- und Futtermittelschutzes

Berlin, 5. Juni. Die Deutschnationale Volkspartei, die Christliche Bauernpartei und die Deutsche Bauernpartei haben im Einvernehmen mit den Führern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen Brandes, Schiele, Hermes und Febr dem Reichstag zwei Anträge auf Erhöhung der Kartoffelschütze und des Futtermittelschutzes eingereicht. Den Anträgen sind ausführliche Begründungen beigegeben.

Entschließung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

Heidelberg, 5. Juni. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die sich dauernd mehrenden systematischen Versuche gewisser Inserenten und insbesondere Inserentenverbände, den Zeitungen Anzeigenpreise und Anzeigenbedingungen zu diktieren und darüber hinaus auch ihren redaktionellen Teil ihren privatwirtschaftlichen Sonderinteressen nutzbar zu machen, gefährden aufs allerschwerste die Grundlage und innere Unabhängigkeit der Zeitungen. Derartigen Bestrebungen von Inserenten leisten manche Zeitungen und Annoncexpeditionen Vorschub, indem sie in kurzfristiger Verkennung der unausbleiblichen Folge einen ungelunden und übersteigerten Konkurrenzkampf untereinander führen und sich hierbei selbst den unbilligsten und unerhörtesten Forderungen von Inserenten fügen. In all dem muß eine höchste Gefahr für die deutsche Presse erblickt werden. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger ist sich bewusst, daß eine grundlegende Besserung der zurzeit unerträglichen Zustände im Anzeigenwesen nur dann erreicht werden können, wenn die Grundsätze eines ordnungsmäßigen Geschäfts im Anzeigenwesen wieder zur herrschenden Geltung gebracht werden, und wenn die Zeitungsverleger den wachsenden Angriffen auf die Freiheit der Zeitung und mittelbar auf die Freiheit der Presse überhaupt eine geschlossene Front entgegenstellen.“
Zum Ort der Hauptversammlung 1930 wurde Bochum gewählt.

Selbstmord eines Landrats

Wanzleben, 5. Juni. Der Landrat des Kreises Wanzleben, Regierungs-Bezirk Magdeburg, Kelling, hat sich gestern in seinem Dienstzimmer erschossen. Kelling gehörte der sozialdemokratischen Partei an.

Polnische Minderheitsschule in der deutschen Grenzmark

Schneidemühl, 5. Juni. In Jatzewo im Kreis Flatow wurde auf Antrag des polnischen Schulvereins eine weitere polnische Minderheitsschule eröffnet. Zur Aufnahme meldeten sich 117 Kinder, 10 weniger als im Antrag des polnischen Schulvereins angegeben worden waren. An der

